

In einer aktuellen Kampagne praktiziert die EU die Flucht nach vorne: Inakzeptable Sanktionen gegen Publizisten, ein fragwürdiger „Digital Services Act“ und so weiter halten die EU nicht davon ab, sich auf aktuellen Plakaten als Kämpferin ausgerechnet für die Meinungsfreiheit zu feiern. Es ist ein Versuch der dreisten Überrumpelung und eine Machtdemonstration. Ein Kommentar von **Tobias Riegel**.

*Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.*

[https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/260505\\_Witz\\_der\\_Woche\\_EU\\_provoziert\\_mit\\_Plakaten\\_zur\\_Meinungsfreiheit\\_NDS.mp3](https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/260505_Witz_der_Woche_EU_provoziert_mit_Plakaten_zur_Meinungsfreiheit_NDS.mp3)

Podcast: [Play in new window](#) | [Download](#)

Ein Motto der PR-Manager der EU scheint zu lauten: „Dreistigkeit siegt“. So zumindest wirkt [eine aktuelle EU-Kampagne](#), bei der Plakate etwa mit Motiven [zur freien Presse](#) oder allgemein [zur Meinungsfreiheit](#) auch in deutschen Städten präsentiert werden.

Das ist ausgerechnet in Zeiten, in denen EU-Institutionen für potenziell zensierend wirkende Instrumente wie dem Digital Services Act und für inakzeptable Sanktionen gegen unbequeme Publizisten scharf kritisiert werden, gewagt - um es vorsichtig auszudrücken.

Das Titelfoto zeigt eines der Plakate, auf denen sich die EU für ihren angeblichen Kampf für eine „freie Presse“ rühmt. Und im Vordergrund sieht man den deutschen Journalisten Hüseyin Dogru, der [aktuell durch EU-Sanktionen schwer drangsaliert wird](#), weil er eine aus Sicht der EU-Gralshüter „falsche“ Meinung vertreten hat. Diese Kombination macht den verlogenen Zynismus der EU-Kampagne deutlich und bescheinigt ihr zusätzlich den Charakter einer verzweifelten Vorwärtsverteidigung.

### **„Das kann man sich nicht ausdenken“**

Der Journalist Norbert Häring hat die absurde Wirkung der EU-Plakate bereits vor einigen Tagen [auf den Punkt gebracht](#):

*„Ganz so als gäbe es keinen Digital Services Act, der befiehlt, ‚schädliche‘ Inhalte zu unterdrücken, keine Faktenchecker, die bestimmen dürfen, was wahr ist, keine Meldestellen und Hinweisgeber, keine Hausdurchsuchungen und mittelalterliche Sanktionen für missliebige Publizisten, inszeniert sich die EU mit einer Plakatkampagne als Verteidigerin der Meinungsfreiheit.“*

Dogru selbst hat [auf seinem X-Account](#) das Titelfoto dieses Artikels veröffentlicht, zusammen mit der folgenden Botschaft:

*„Das kann man sich nicht ausdenken. Es ist der Internationale Tag der Pressefreiheit, und vor meiner Haustür stehen diese Plakate: ‚Freie Presse. Schützt, was uns wichtig ist.‘ Genau derselbe @eucouncil hat mich buchstäblich genau dafür sanktioniert. Das wird definitiv mein Kampagnen-Poster.“*

Neben dem Fall Dogru ist auf all [die weiteren durch die EU sanktionierten Einzelpersonen](#) hinzuweisen. Und noch einmal muss betont werden, wie scharf der Kontrast zwischen den nun plakatierten Phrasen und vielen realen Handlungen der EU ist.

Prominent ist auch der Fall des sanktionierten Publizisten Jacques Baud, auf diesen Vorgang sind wir etwa im Artikel [Das Versagen deutscher Mainstream-Medien beim Skandal um Jacques Baud: „Es gibt kein Recht auf Putin-Propaganda“](#) eingegangen, ein [bereits im Oktober 2025 erstelltes Rechtsgutachten](#) kommt zu einem vernichtenden Ergebnis, was den rechtlichen Rahmen der EU-Sanktionen angeht.

Die *NachDenkSeiten* haben sich in zahlreichen Artikeln mit dem EU-Sanktionsregime, [mit dem Digital Services Act](#) und weiteren (direkt und indirekt) zensierend wirkenden Maßnahmen der EU befasst - bitte nutzen Sie unsere Suchfunktion.

### **All die schönen Phrasen zur Meinungsfreiheit ...**

Es gibt dieser Tage weitere Versuche, mit schönen, aber unzutreffenden Phrasen zur Meinungs- und Pressefreiheit zu punkten. So hat der Börsenverein des deutschen Buchhandels vom 3. bis 10. Mai eine [Woche der Meinungsfreiheit](#) ausgerufen. Wie fragwürdig sich der Börsenverein in der antirussischen Propaganda positioniert, haben wir in den Artikeln [„Russland ist der Feind“: Karl Schlögel erhält „Friedenspreis“ des deutschen Buchhandels](#) oder [Die Russen sind „Unrat“: Pamphlet erhält den „Friedenspreis“ des Buchhandels](#) beschrieben.

Am 3. Mai war auch der Tag der Pressefreiheit - jener Tag, an dem die „Reporter ohne Grenzen“ regelmäßig ihre fragwürdige [„Rangliste“ der Pressefreiheit](#) veröffentlichen. Auf dieses jährliche Ritual mit dem Ranking, das potenziell selber zur Meinungsmache genutzt werden kann, sind wir im Artikel [Der „Tag der Pressefreiheit“, die „Reporter Ohne Grenzen“ und die erschütternde Selbstsicht unserer Medien](#) eingegangen (der Text ist von 2019, seitdem ist viel passiert).

## Das Gegenteil von Meinungsfreiheit

Die Verantwortlichen der EU-Kampagne möchten mit ihren Plakaten nun mutmaßlich auch einen Effekt der geistigen Überrumpelung erreichen, indem einfach offensiv etwas behauptet wird, was ganz offensichtlich nicht mit der EU-Realität in Einklang zu bringen ist. Diese Offensichtlichkeit ist dabei nicht unbedingt hinderlich, sondern sie kann auch die Machtdemonstration verstärken, nach dem Motto: Seht her – wir lassen uns doch nicht von der Realität unsere Kampagnen diktieren!

Der von vielen EU-Publikationen genutzte Begriff der zu bekämpfenden Desinformation setzt übrigens eine Art „Wahrheitsministerium“ voraus, das festlegt, welche Meinungsäußerungen die „richtigen“ und darum die „erlaubten“ Meinungsäußerungen sind. Ein solcher „Kampf für Meinungsfreiheit“, der sich potenziell in Unterdrückung von „falschen“ Meinungen äußert, ist aber das Gegenteil von Meinungsfreiheit.

Titelbild: Screenshot / Hüseyin Dogru

### **Mehr zum Thema:**

[Verbotene Meinung, bestrafte Gesinnung: Zur Europäisierung des deutschen Zensurregimes](#)

[Pressefreiheit in Gefahr: EU-Sanktionen gegen deutsche Journalisten schaffen beunruhigenden Präzedenzfall](#)

[„Sippenhaft“ für Familie des deutschen Journalisten Doğru: EU-Sanktions-Regime immer skandalöser](#)

[#FreeDogru und #FreeBaud? – Rufe nach einer Kampagne nach dem Vorbild der #FreeAssange-Bewegung werden lauter](#)

[Die drohende „Herrschaft des Verdachts“: Der Digital Services Act der EU](#)

